



Bundestags- brief

Nr.236 • Die Woche im Bundestag • 23.11.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Haushalt 2019 mit klarem Akzent für Zukunft, Sicherheit und Zusammenhalt

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2019 beschlossen. Wir sind damit - nach dem erst im Sommer verabschiedeten Haushalt 2018 - wieder im ganz normalen Haushaltsverfahren. Mein besonderer Dank gilt unseren Haushaltspolitikern, die dies mit viel Einsatz möglich gemacht haben.

Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes.

Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Kultur.

Die Sicherheit ist und bleibt unser Thema: Für die innere Sicherheit schaffen wir tausende neue Stellen bei Bundespolizei, BKA und Zoll. Der Verteidigungsetat wächst um fast 5 Milliarden gegenüber 2018, damit unsere Soldaten gut ausgerüstet im Einsatz sind.

Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wir durch Investitionen in digitale Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen. Familien werden spürbar entlastet durch die Erhöhung des Kindergeldes und durch die Möglichkeit, Baukindergeld zu beantragen.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2019 auf 356,4 Milliarden Euro. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. 2019 wird erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten.

Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit Markenzeichen der Union bleiben.

Ganz besonders freue ich mich, dass es in den Haushaltsberatungen gelungen ist, wieder zusätzliche Mittel für den Kultur- und Medienhaushalt einzuwerben. Dank der Steigerungen im Regierungsentwurf und der vom Haushaltsausschuss zusätzlich bewilligten Mittel steigt der Etat für Kultur und Medien in diesem Jahr auf rund 1,9 Milliarden Euro.

Diese Mittel kommen Maßnahmen und Projekten zu Gute, von denen einige Erwähnung verdienen:

Dazu gehören unter anderem zusätzliche 33 Millionen Euro für die Deutsche Welle, die Gesamtförderung wächst auf 350 Millionen Euro an. Damit macht der Bund einen großen Schritt, um diesen unverzichtbaren Akteur der Vermittlung von Meinungs- und Pressefreiheit auf das Niveau vergleichbarer europäischer Auslandssender anzuheben.

Zunächst 2 Millionen Euro sind für die Anlaufphase des neuen BKM-Programms „Jugend erinnert“ zur Stärkung der Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Widerstand vorgesehen. Dieses Programm tritt neben die Stärkung der Vermittlungsarbeit der Gedenkstätten, für die mehr als 20 neue Pädagogen-Stellen vorgesehen sind.

Weitere 29 Millionen Euro sind im Eröffnungsjahr für das Humboldt Forum eingeplant. Diese zusätzlichen Mittel sollen dessen Entwicklung zu einer internationalen Dialogplattform für globale kulturelle Ideen unterstützen.

Mit diesem nachhaltigen Engagement für Kultur und Medien beweist der Bund, dass die Pflege des kulturellen Erbes, die Förderung künstlerischer Avantgarde und nicht zuletzt die bedeutende Funktion der Kultur als Brückenbauerin bei ihm in guten Händen sind.

Pflege ist gelebte Nächstenliebe

Das Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeheimen wird aufgestockt. Pflegekräfte erhalten bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Das ist der Kern des sogenannten Pflegepersonalstärkungsgesetzes, das der Bundestag jetzt verabschiedet hat.

Das Gesetz, auch bekannt unter dem Namen „Sofortprogramm Pflege“, umfasst ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die den Pflegekräften Entlastung bringen und den Beruf attraktiver machen soll. So werden in der stationären Altenpflege 13.000 Stellen zusätzlich von den Krankenkassen finanziert. Von 2019 an wird jede zusätzliche oder aufgestockte Pflegestelle am Patientenbett vollständig von den Kassen refinanziert. Dieses Herzstück des Gesetzes, die Ausgliederung der Personalkosten für Pflege in Krankenhäusern aus dem System der Fallpauschalen, soll verhindern, dass Pflegestellen wegrationalisiert werden.

Ab dem Jahr 2020 werden den Krankenhäusern in ländlichen, strukturschwachen Gebieten zusätzlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit soll eine ausreichende medizinische Versorgung für die Menschen garantiert werden, die in dünn besiedelten Gebieten leben. Wenn ambulante oder stationäre Altenpflegeeinrichtungen in die Digitalisierung investieren, um dadurch die Arbeit der Pflegekräfte zu entlasten, bekommen sie einen Zuschuss aus der Pflegeversicherung

Länder erzielen Haushaltsüberschüsse

Bis September 2018 lag der Überschuss der Gesamtheit der Länder laut einem Bericht des Bundesfinanzministeriums bei 19,6 Milliarden Euro. Erstaunlich ist dies vor allem unter Berücksichtigung der Planungen der Länder, die von einem Finanzierungsdefizit von 3,6 Milliarden Euro ausgingen. Die acht westdeutschen Flächenländer haben von Januar bis September 2018 einen Überschuss von 11,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die fünf ostdeutschen Flächenländer kamen auf ein Plus von 4,4 Milliarden Euro. Bei den drei Stadtstaaten betrug der Überschuss 4,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig stieg das Investitionsvolumen der Bundesländer um 6,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

(Quelle: Bundesfinanzministerium)

Öffentliche Schulden sinken kontinuierlich

Zum Ende des 2. Quartals 2018 lagen die Schulden der öffentlichen Hand in Deutschland bei insgesamt 1.934,433 Millionen Euro und damit um 2,3 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Gemeinden, Länder und der Bund, aber auch die Sozialversicherung konnten dabei den Trend der vergangenen Jahre fortsetzen und ihre Verbindlichkeiten reduzieren.

Der Bund verringerte den Umfang seiner Verschuldung beim nicht-öffentlichen Bereich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent, die Länder im Schnitt um 3,6 Prozent. Auch die Gemeinden konnten den Stand ihrer Verschuldung im Schnitt um 2,9 Prozent gegenüber 2017 zurückführen.

Zwar nehmen einige Länder, wie etwa die Freie und Hansestadt Hamburg, Bremen aber auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen in moderater Höhe neue Kredite auf, was im Schnitt aber durch eine außerordentliche Tilgungsleistung durch Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern deutlich überdeckt wird. Erfreulich ist, dass die Gemeinden bis auf leichte Zunahmen in Baden-Württemberg und dem Saarland im gesamten Bundesgebiet Schulden tilgen konnten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Fast 375.000 ausländische Studierende an deutschen Hochschulen

Im Wintersemester 2017/2018 waren 374 600 ausländische Studierende an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, lag ihr Anteil an allen Studierenden bei 13 Prozent.

Bei den insgesamt 194 500 männlichen ausländischen Studierenden war Maschinenbau (17 500 Studenten) das am meisten nachgefragte Fach im Wintersemester 2017/2018. Bei den insgesamt 180 000 weiblichen ausländischen Studierenden wurde im Wintersemester 2017/2018 Betriebswirtschaftslehre am häufigsten belegt (14 900 Studentinnen).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)